

WERNER FEILCHENFELD

WOLF MICHAELIS

LUDWIG PINNER

Haavara-Transfer  
nach Palästina und  
Einwanderung deutscher  
Juden 1933–1939

*Schriftenreihe  
wissenschaftlicher Abhandlungen  
des Leo Baeck Instituts*

26

---

**Mohr Siebeck**

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN  
DES LEO BAECK INSTITUTS



WERNER FEILCHENFELD · DOLF MICHAELIS  
LUDWIG PINNER

# HAAVARA-TRANSFER NACH PALÄSTINA

und

EINWANDERUNG DEUTSCHER JUDEN 1933–1939

Mit einer Einleitung von

SIEGFRIED MOSES



1972

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London  
und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

©  
Leo Baeck Institut

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1972

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namensnennung –  
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘ (CC BY-SA 4.0).

Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Printed in Germany  
Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen  
Einband: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

ISBN 978-3-16-833851-2  
eISBN 978-3-16-163622-6 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

## INHALT

Einleitung von Siegfried Moses . . . . .	9
--	---

### Kapitel I

#### DIE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ENTWICKLUNG DER AUSWANDERUNGS- UND TRANSFERFRAGE IM NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND

von Dolf Michaelis

1. Die Reaktion der deutschen Juden auf die nationalsozialistische Machtübernahme . . . . .	15
2. Die Reaktion der Weltjudenheit und der Juden in Palästina auf die Ereignisse in Deutschland . . . . .	18
3. Die Bedeutung der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage für das Zustandekommen und die Durchführung eines Transfers . . . . .	20
4. Der Plan einer umfassenden jüdischen Palästina-Auswanderung . . . . .	21
5. Die ersten Auswanderungs-Transferverhandlungen in Deutschland . . . . .	23
6. Die deutschen Behörden und die Haavara . . . . .	28

### Kapitel II

#### DIE DURCHFÜHRUNG DES HAAVARA-TRANSFERS

von Werner Feilchenfeld

A. Die Aufgabe der Haavara für die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina . . . . .	37
1. Die jüdische Auswanderung aus Deutschland . . . . .	37
2. Die Einwanderungsbestimmungen der Mandatsregierung . . . . .	38
3. Die Transferorganisation der Paltreu-Haavara . . . . .	40
4. Der steigende Transferbedarf der Palästina-Auswanderer . . . . .	43

5. Die Rolle der Deutschen Reichsbank bei der Förderung der Auswanderung nach Palästina . . . . .	45
6. Das Transfersystem der Haavara . . . . .	47
(a) Sonderkonto I und Sonderkonto II . . . . .	47
(b) Der Transfer für Schulgelder, Renten und Touristik . . . . .	48
7. Das Transferprogramm der Haavara . . . . .	50
(a) Die normale Ausfuhr deutscher Waren nach Palästina . . . . .	50
(b) Die zusätzliche Ausfuhr deutscher Waren – durch Sondergenehmigung – nach den Nachbarländern Ägypten, Syrien, Irak . . . . .	54
(c) Die zusätzliche Warenausfuhr nach Palästina durch Eigen-, Bau-, Emissions- und Siedlungstransfer . . . . .	55
(d) Die palästinensische Zitrusausfuhr nach Deutschland im Rahmen der Haavara . . . . .	60
(e) Die Bezahlung einzelner Auslandsgeschäfte aus Übersee mit Haavara-Mark und die Versuche zusätzlicher Großprojekte im Ausland . . . . .	61
(f) Der Finanztransfer durch Clearing ausländischer Unterstützungszahlungen nach Deutschland . . . . .	61
 B. Der Transferschlüssel, das Betriebskapital und die Transferkosten der Haavara . . . . .	 65
8. Der Transferschlüssel . . . . .	65
9. Das Problem des Haavara-Betriebskapitals . . . . .	66
10. Die Kosten des Vermögenstransfers . . . . .	68
 C. Die Abwicklung des Haavara-Transfers nach Kriegsausbruch . . . . .	 70
11. Die Liquidation des Haavara-Transfers in Deutschland . . . . .	70
12. Die Liquidation in Palästina . . . . .	71
 D. Der Aufbau des Haavara-Transfers und sein Gesamtumfang . . . . .	 73
13. Der Verwaltungsapparat der Haavara . . . . .	73
14. Der Gesamttransfer und seine Aufteilung . . . . .	74
15. Die Haavara als Einwanderungsfaktor . . . . .	76
 Anhang: Auswanderung nach anderen Ländern . . . . .	 79
(A) Das Altreu-Transfersystem . . . . .	79
(B) Die Transferverhandlungen in Ost- und Südosteuropa und im Zusammenhang mit dem Intergovernmental Committee für Flüchtlingsfragen . . . . .	81
(C) Verhandlungen mit ost- und südosteuropäischen Ländern und dem Intergovernmental Committee . . . . .	81
(D) Der Auswanderungs- und Transferplan für das Intergovernmental Committee der Evian-Flüchtlingskonferenz in London unter Einbau des Haavara-Transfers . . . . .	83

## Kapitel III

DIE BEDEUTUNG DER EINWANDERUNG AUS DEUTSCHLAND  
FÜR DAS JÜDISCHE PALÄSTINA

von Ludwig Pinner

1. Die Einwanderung aus Deutschland im Rahmen der Gesamteinwanderung . . . . .	89
Die fünfte Alija . . . . .	89
Legale Einwanderung . . . . .	90
Ma'apilim-Einwanderung . . . . .	91
Der Verlauf der Einwanderung . . . . .	91
Kapitalisten-Einwanderung . . . . .	93
Arbeiter-Einwanderung . . . . .	94
Jugendaliya . . . . .	95
2. Die Einordnung der Juden aus Deutschland und ihr Beitrag zum Aufbau des jüdischen Palästina . . . . .	96
Kapitalimport . . . . .	96
Kapitalanlage . . . . .	97
Industrie und Handel . . . . .	99
Finanzwesen . . . . .	101
Städtische Entwicklung und Lebensstil . . . . .	102
Landwirtschaftliche Siedlung . . . . .	103
Der kulturelle Beitrag der deutschen Alija . . . . .	106
3. Die Kollektivleistung der deutschen Alija . . . . .	107
4. Die Organisation der Einwanderung aus Deutschland . . . . .	109
Namenregister . . . . .	113



## EINLEITUNG

Auf den ersten Blick mag es überraschen, daß eine Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts der Schilderung eines Ausfuhr- und Verrechnungsabkommens gewidmet ist, dem eine eng umgrenzte Aufgabe gestellt war und das knapp sechs Jahre in Kraft gewesen ist. Daß und warum der sogenannte „Haavara-Transfer“ in die Geschichte der deutschen Juden eingegangen ist, deren Erforschung und Darstellung das Leo Baeck Institut dient, und im Rahmen der jüdischen Geschichte überhaupt festgehalten zu werden verdient, zeigt schon ein kurzer Überblick.

Die sechs Jahre der Durchführung dieses Abkommens waren eine Periode von schicksalhafter Bedeutung. Es waren die Jahre 1933 bis 1939, die ersten sechs Jahre des Hitler-Regimes, in denen die ersten Opfer dieses Regimes, die deutschen Juden, zwar ungemein Schweres erlitten, aber doch noch – unter gewissen Bedingungen – die Möglichkeit hatten, sich durch Auswanderung der Schreckensherrschaft zu entziehen.

So war denn die Aufgabe des Abkommens, Auswanderungsmöglichkeiten für diejenigen deutschen Juden zu schaffen, die nach Palästina auswandern wollten. Das waren neben Zionisten, die schon seit langem den Plan einer künftigen Übersiedlung nach Palästina in ihr Lebensprogramm aufgenommen hatten, in der Mehrzahl Juden, denen dieser Gedanke früher fernegelegen hatte. Wirtschaftlich betrachtet, waren es größtenteils Menschen des Mittelstandes – Ärzte, Rechtsanwälte, selbständige Kaufleute und kaufmännische Angestellte –, deren Geldmittel nur bei einem unter erträglichen Bedingungen durchgeführten Vermögenstransfer die Grundlage für die Schaffung einer Existenz im Einwanderungslande bilden konnten; pensionierte Beamte, Lehrer und Rabbiner, deren Lebensunterhalt davon abhing, daß sich zugleich mit ihrer Auswanderung ihre Pension transferieren ließ; Arbeiter; Studenten und Schüler (die vielfach von ihren Eltern nach Palästina vorausgesandt wurden). Alle diese Kategorien konnten im jüdischen Palästina auf eine Aufnahmebereitschaft und Einordnungshilfe rechnen, wie sie in anderen Ländern nicht bestanden.

Aber wie war es möglich, diesen Auswanderungswilligen die Mitnahme ihrer bescheidenen Mittel mit einem tragbaren Verlust zu sichern – den Transfer aus einem Lande mit damals begrenzten Devisen, dessen Regierung den Juden so feindlich gesinnt war? Der jüdische Vorschlag, die erforder-

lichen Devisen durch den Verkauf deutscher Waren nach dem jüdischen Palästina zu beschaffen, wurde angenommen und bildete die Grundlage für das in dieser Schrift geschilderte Haavara-Abkommen. Die nicht der Partei angehörigen Beamten des Reichswirtschaftsministeriums, die sich für das Abkommen einsetzten – voran der unvergeßliche Regierungsrat Dr. Hans Hartenstein –, konnten sich ihrer Regierung gegenüber darauf berufen, daß der zusätzliche Export zusätzliche Möglichkeiten zur Verringerung der im ersten Stadium des Hitler-Regimes bestehenden Arbeitslosigkeit schaffe (obwohl die Dimensionen, die in Frage kamen, gemessen an den Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft winzig waren). Und mit der Judenpolitik der Regierung ließ sich der Gedanke dieser Auswanderungsförderung insofern in Einklang bringen, als damals ja noch nicht die mit der „Endlösung“ beschlossene Vernichtung der Juden auf dem Programm stand: soweit überhaupt Klarheit in dieser Hinsicht bestand, war damals noch das Endziel, Deutschland „judenrein“ zu machen.

Unter diesen Umständen konnte es dahin kommen, daß in einer Periode, in der die in Deutschland lebenden Juden mehr und mehr geächtete und rechtlose Objekte einer feindlichen Gesetzgebung und Verwaltung wurden, deutsche Juden und die in ihrem Interesse handelnden Organe der zionistischen Bewegung als Vertragspartner und als Träger einer Finanzregelung anerkannt wurden – eines Geld-Transfer-Systems, dessen Grundlagen zwar in der Form von Erlassen der deutschen Behörden festgelegt wurden, aber nach eingehenden Beratungen, in denen die Vorschläge und Darlegungen der jüdischen Seite in den ersten Jahren weitgehend berücksichtigt und auch in den letzten Jahren noch angehört und in gewissem Maße in Betracht gezogen wurden.

Wenn diese Haltung im Kontrast zu der anti-jüdischen Einstellung der nationalsozialistischen Regierung stand, so mußte auch die jüdische Seite hier einen Weg gehen, der ihrer gegnerischen Haltung gegenüber dem Hitler-Regime ganz und gar nicht entsprach. Die Weltjudenheit hatte einen Welt-Boycott deutscher Waren proklamiert; das Haavara-Abkommen aber, das die Repräsentanten der zionistischen Bewegung eingingen, beruhte auf dem Gedanken der Förderung des Verkaufs deutscher Waren nach dem jüdischen Palästina. Die Überzeugung, daß die Rettung jüdischer Menschen aus der Hölle des Hitler-Deutschland das dringendste Gebot der Stunde war und wichtiger als die strikte Einhaltung der im allgemeinen gebotenen Politik des umfassenden Kampfes gegen das Hitler-Regime, führte dazu, daß die Repräsentanten der zionistischen Weltorganisation entschlossen diese Abweichung von der Politik der Weltjudenheit bejahten (einschließlich Dr. Stephen Wise, der zu den Initiatoren des Welt-Boycotts gehörte und dennoch dem den Haavara-Transfer legalisierenden Beschluß des Luzerner Zionistenkongresses zustimmte); daß unter den deutschen Juden insbesondere auch die deutschen Zionisten bei dem Zustandekommen des Abkommens und bei seiner Durchführung eine aktive Rolle spielten; und daß schließlich das jüdische Palästina

alles tat, um durch bereitwillige Aufnahme der deutschen Waren dem Unternehmen vollen Erfolg zu sichern. Für die deutschen Juden hatte die Wirksamkeit zugunsten einer Auswanderung nach Palästina in Formen, auf deren Gestaltung sie wohlgedachten Einfluß nehmen konnten, noch eine besondere moralische Bedeutung: während sie auf so vielen Gebieten lediglich Objekte der Verfolgungen des nationalsozialistischen Regimes waren, ermöglichte ihnen der Haavara-Transfer auf diesem wichtigen Gebiet eine aktive und konstruktive Reaktion auf jene Verfolgungen – mit einem Erfolg, der angesichts der Schwäche ihrer politischen und materiellen Position bemerkenswert war. In den engen Grenzen, die ihnen durch die Gewaltherrschaft gezogen waren, bemühten sich ja die deutschen Juden auch auf kulturellem und sozialem Gebiet, auf die Verbote und Ausschlußmaßnahmen des Regimes aktiv zu reagieren, namentlich durch Errichtung jüdischer Schulen, Schaffung von Einrichtungen für jüdische Erwachsenenbildung und für Berufsumschichtung sowie durch sorgsam organisierte gegenseitige Hilfe.

Die Ergebnisse des Haavara-Transfers entsprachen allen Erwartungen, die man hegen durfte. Wenn annähernd zwanzig Prozent der deutschen Juden, die überhaupt auszuwandern vermochten, ihren Weg nach Palästina finden konnten, so ist dies in entscheidendem Maße dem Haavara-Transfer – direkt oder indirekt – zu verdanken. Dabei ist von besonderer Wichtigkeit, daß dieser Transfer für den größten Teil von ihnen die einzige Auswanderungsmöglichkeit bot, so daß sie ohne ihn überhaupt nicht hätten auswandern können. Und die Tatsache, daß die jüdischen Träger des Transfers ihn im einzelnen nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen gestalten konnten, ermöglichte bei seiner Durchführung eine weitgehende Berücksichtigung sozialer und gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte: minderbemittelten Auswanderungswilligen, wie Pensionären, Studenten und Schülern, konnte ein Transfer mit erheblich geringerem Verlust gewährt werden als den besser situierten Auswanderern, und durch die Transferierung zionistischer Fonds konnte die Grundlage für die Einwanderung mittelloser Arbeiter geschaffen werden. Gleichzeitig ist der Aufbau des jüdischen Palästina, das ja den Ausgangspunkt für die Errichtung des Staates Israel bildete, dadurch entscheidend gefördert worden, daß der Board der Haavara – dessen verdienstvoller Vorsitzender der verstorbene Dr. Werner Senator war – für eine planmäßig gesteuerte Verwendung der aus Deutschland importierten Waren Sorge trug. Dabei spielten die mit dem Haavara-Import verbundenen langfristigen Kredite, die – zum Teil in Wertpapieremissionen – jüdischen Institutionen und Unternehmungen gewährt wurden, eine bedeutsame Rolle.

Ist es vorstellbar, daß sich irgendwann einmal ein Bedürfnis zeigen wird, aus der Geschichte des Haavara-Transfers zu lernen? Wie im Anschluß an die Darstellung des Transfers in der vorliegenden Schrift kurz berichtet wird, sind in der Zeit des Hitler-Regimes Versuche, einen analogen Transfer in anderen von Hitler unterworfenen Ländern Mittel- und Osteuropas zu schaf-

fen, gescheitert; und ein Vorschlag, in ein umfassendes Programm zur Rettung von Juden einen ähnlichen Transfer einzubauen, blieb mit dem gesamten Programm auf dem Papier stehen. So stellte der Haavara-Transfer der deutschen Juden den einzigen erfolgreichen Versuch dar, im Wege der Selbsthilfe eine geordnete Auswanderung durchzuführen – verbunden mit einer geplanten Förderung der Wirtschaft des Aufnahmelandes Palästina.

Was die Zukunft anbelangt, so ist es vielleicht kein übertriebener Optimismus anzunehmen, daß eine Situation wie die, die den Haavara-Transfer nötig machte, nicht wiederkehren wird. Es mögen aber sachlich eher zu rechtfertigende Umstände dazu führen, daß ein Vermögenstransfer, der sich als notwendig erweist, nur im Wege des Warentransfers bewerkstelligt werden kann: etwa im Falle einer Auswanderung, die durch einen Bevölkerungsaustausch bedingt ist; oder wenn eine Regierung Bürgern, die ihre Ideologie nicht teilen, die Auswanderung gestattet. In solchen Fällen könnten die hier wiedergegebenen Erfahrungen und Überlegungen wertvoll sein.

\*

Die Veröffentlichung dieser Schrift ist von dem verdienten früheren General Manager der Haavara, Dr. Werner Feilchenfeld, angeregt worden, dessen sachkundige Darstellung des Transfers und seiner Durchführung das Kernstück der Schrift bildet (Kapitel II). Die Bedeutung des Transfers für das jüdische Aufbauwerk in Palästina und den Einfluß der Einwanderung aus Deutschland – die zu einem erheblichen Teil durch den Haavara-Transfer ermöglicht wurde – auf die Wirtschaft und Kultur des jüdischen Palästina (Kapitel III) schildert Dr. Ludwig Pinner, der – seit 1921 in Palästina ansässig – an der Arbeit der Haavara als aktives Board-Mitglied der Gesellschaft hervorragend Anteil nahm; seine Vertrautheit mit dem gesamten Fragenkreis kam der Schrift in allen ihren Teilen zugute. Herr Dolf Michaelis, der als ein mit zahlreichen Auswanderungsfällen befaßter Bankmann und Wirtschaftskenner die Tätigkeit der Haavara von Anbeginn an mit sachverständigem Interesse beobachtete, hat die Schrift für das Leo Baeck Institut zur Veröffentlichung vorbereitet und ist außerdem der Verfasser des Abschnitts „Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Auswanderungs- und Transferfrage im nationalsozialistischen Deutschland“ (Kapitel I). Jeder der Autoren trägt die Verantwortung für seinen Beitrag zu dieser Schrift. Eine Anzahl von Dokumenten, die auf die wechselnde Stellungnahme der nationalsozialistischen Behörden und Amtsträger Licht werfen, verdankt das Leo Baeck Institut den Nachforschungen von Dr. Ernst Marcus, der sich mit diesem Fragenkreis im Rahmen umfassenderer Studien beschäftigte; als Geschäftsführer der in Berlin den Haavara-Transfer vertretenden Paltreu stand er in ständiger Fühlung mit den deutschen Behörden und war deshalb für die Beurteilung der Bedeutung des Urkundenmaterials besonders legitimiert.

SIEGFRIED MOSES

KAPITEL I

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ENTWICKLUNG  
DER AUSWANDERUNGS- UND TRANSFERFRAGE  
IM NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND

DOLF MICHAELIS



## 1. DIE REAKTION DER DEUTSCHEN JUDEN AUF DIE NATIONALSOZIALISTISCHE MACHTÜBERNAHME

Leo Baeck erklärte im Jahre 1933: „Die tausendjährige Geschichte des deutschen Judentums ist zu Ende.“ Mit der Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei und der Wahl Hitlers zum Reichskanzler begann am 30. Januar 1933 das letzte Kapitel der Geschichte dieses kulturell, wirtschaftlich und sozial hochstehenden Teiles des europäischen Judentums. Dieses letzte Kapitel brachte Entrechtung, Enteignung, erzwungene Auswanderung und schließlich Vernichtung. Einer mehr oder weniger geordneten Liquidierung der bürgerlichen und wirtschaftlichen Positionen und Auswanderung in den ersten Jahren des nationalsozialistischen Regimes folgte die Periode der Zwangsliquidierung, Vermögensverschleuderung und Austreibung der mittellos gewordenen deutschen Juden. Der zweite Weltkrieg leitete das letzte Stadium dieser Leidensgeschichte ein, die 1933 begann und in der Todsgemeinschaft mit dem von den Nationalsozialisten erfaßten Teile der europäischen Judenheit endete.

Die Jahre von 1933 bis 1939 waren aber nicht nur Jahre der Verfolgung und Auswanderung in fremde Länder, sie waren auch Jahre des mit Stolz und Würde ertragenen Schicksals. Dem passiven Erleiden der aufgezwungenen Bürde und Not der entrechteten und beraubten jüdischen Gemeinschaft in Deutschland trat der Wille zur Selbstbehauptung zur Seite, zu gegenseitiger Hilfe und zu geplanter, geordneter Liquidierung und Transferierung jüdischen Einzel- und Kollektivvermögens. Die Reaktion des deutschen Judentums auf die politische Umwälzung von 1933, auf die gleichzeitig einsetzende antijüdische Gesetzgebung und die sogenannten „spontanen“ antijüdischen Kundgebungen, mit den sie begleitenden Gewaltakten, war nicht nur Schock und lähmendes Entsetzen, sondern auch Selbstbesinnung, Selbsthilfe und das Wiederentdecken eigener geistiger jüdischer Quellen.

Die Frage, inwieweit die deutschen Juden die nationalsozialistische Judenpolitik in den Jahren vor 1933 in ihrem ganzen Umfang richtig eingeschätzt haben, ist noch nicht voll geklärt. Wichtiges Material darüber enthält der Sammelband „Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik“ (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, J.C.B.Mohr [Paul Siebeck], Tübingen, 1965). Mit Recht wurde im Vorwort des genannten Werkes gesagt, daß „die Voraussicht des

Kommenden auf jüdischer wie auf deutscher Seite auf wenige beschränkt“ war. Wir, die wir über die damaligen Vorgänge und ihr Echo bei den Juden in jenen Tagen schreiben, müssen uns, um der historischen Wahrheit willen, freimachen von unserem Wissen um die „Endlösung“ und all dem, was den Juden in den dreißiger Jahren noch im Dunkel der Zukunft verhüllt war. Wir müssen den Versuch machen, den damaligen Ereignissen nachzugehen und sie nachzuzeichnen, wie sie sich in den Köpfen der Zeitgenossen spiegelten. Niemand ahnte damals etwas davon, daß die nationalsozialistische Judenpolitik sich bis zur totalen physischen Vernichtung aller Juden, die unter die deutsche Macht kommen würden, zuspitzen würde.

In der jüdischen Presse war die Bewertung der antisemitischen Komponente in der NS-Bewegung nicht einheitlich, und die daraus folgenden Prognosen für die Lage der deutschen Juden im Falle eines nationalsozialistischen Sieges in Deutschland waren naturgemäß auch verschieden. Der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, dessen Anschauungen die Mehrheit der deutschen Judenheit teilte, glaubte lange mit einer verstärkten Aktion der „Abwehr gegen den Antisemitismus“ auf die NS-Bewegung reagieren zu können; in den letzten Jahren vor 1933 ging er zu einer politischen Bekämpfung der Nationalsozialisten über, der naturgemäß ein Erfolg versagt war. Bei der kleinen zionistischen Minderheit, und besonders in ihrem Organ „Jüdische Rundschau“, gab es schon im Jahre 1930 gewisse Erkenntnisse des bitteren Ernstes der Lage, die aber auch hier nur Ansätze zu einer vollen Diagnose blieben. Am 8. Juli 1930 heißt es in einem Artikel in der „Jüdischen Rundschau“: „Es ist höchstwahrscheinlich, daß die ersten Opfer in der großen Auseinandersetzung zwischen altem und neuem Deutschland die Juden sein werden. Der Kampf um das neue Deutschland wird auf dem Rücken und auf Kosten der Juden zur Austragung gelangen.“

Der überwiegenden Mehrheit der deutschen Juden lag der Gedanke völlig fern, daß der Kampf des alten und neuen Deutschland auf dem Rücken der deutschen Juden ausgetragen werden könnte. Sie konnte und wollte sich nicht freimachen von dem Glauben, daß der allgemeine und soziale Fortschritt auch das Verschwinden des Antisemitismus mit sich bringen würde. So war das rüde und plötzliche Erwachen aus der Illusion, aus dem Traum einer Lösung der Judenfrage durch den Liberalismus und den ewigen Fortschritt, ein furchtbarer Schock für das deutsche Judentum. In tiefer Resignation registrierte das Blatt des Centralvereins, die „CV-Zeitung“, vom 13. April 1933 die epochale Veränderung der Lage in folgenden Worten: „Die Geschehnisse der letzten Tage machen mit der Gleichberechtigung der deutschen Juden Schluß. Die Weltanschauung vom Rassenwert und von der Ungeeignetheit des Semiten für staatliches Leben ist Staatsgesetz geworden. Das deutsche Judentum bestreitet die Richtigkeit, aber es muß sich der Macht beugen. Eine neue Epoche jüdischer Geschichte in Deutschland hat damit begonnen. Sie ist durch die Gesetzgebung der letzten Woche gekennzeichnet.“

Sollte es bei einer bloßen Feststellung der neugeschaffenen Lage bleiben, oder würde es zu einem Sich-Aufraffen führen, zu einem Neudenken, Neubeginnen, zu tätiger Reaktion auf das von außen herangetragene Geschehen? Die Zionistische Vereinigung für Deutschland rief den deutschen Juden in ihrem Aufruf vom 20. Januar 1933 zu: „Die Folgerung liegt nahe. Die Juden unserer Tage müssen wieder wissen, wie es um sie bestellt ist, und aus diesem Wissen muß ihnen die Kraft nicht nur zum Ertragen von Schicksalsschlägen, vielmehr zum Aufbauen eigenen Lebens kommen.“ Noch betonter kam diese Haltung zum Ausdruck in dem nach dem Boykott-Tage, dem 1. April 1933, veröffentlichten Leitartikel der „Jüdischen Rundschau“ vom 4. April 1933: „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!“ . . . . . „Der 1. April kann ein Tag des jüdischen Erwachens und der jüdischen Wiedergeburt sein. Wenn die Juden wollen, wenn die Juden reif sind und innere Größe besitzen.“

In der Stellungnahme der in Deutschland lebenden Juden und ihrer Organisationen zur Auswanderung als Lösung der deutschen Judenfrage müssen gewisse Schwankungen festgestellt werden. Sie waren in nicht geringem Maße bestimmt von den Schwankungen äußeren Drucks auf die Juden Deutschlands durch die NS-Politik, die während der Jahre 1933 bis 1939 verschiedene Phasen in ihrer Haltung, insbesondere zu den im Wirtschaftsleben stehenden Juden durchlief. Jede Erleichterung von diesem Druck – wie z. B. ein Nachlassen der Verfolgungsmaßnahmen im Jahre 1936, in dem in Berlin die Olympiade stattfand – bewirkte bei vielen eine Verminderung des Auswanderungswillens oder mindestens ein erneutes Hinausschieben des Auswanderungstermins. Im ersten Jahre des nationalsozialistischen Regimes gab es auch illusorische Hoffnungen, denen sich neben den Juden auch deutsche anti-nationalsozialistische Kreise, wie beispielsweise Teile des Adels und des Katholizismus, hingaben: die Hoffnung, das Regime würde sich bald totlaufen; oder die Hoffnung, wirtschaftliche oder außenpolitische Schwierigkeiten würden es zu einer Änderung oder Milderung der Rassenpolitik zwingen. Solche Hoffnungen trugen mindestens in der Anfangszeit des nationalsozialistischen Regimes dazu bei, viele Juden über ihre wahre Lage zu täuschen.

Bezeichnend für die Haltung, welche die führende jüdische Körperschaft, die „Reichsvertretung der deutschen Juden“, in den ersten Monaten einnahm, ist ihre Erklärung vom 29. Mai 1933: „Vor dem deutschen Judentum steht das Schicksal, zum Entrechteten in der deutschen Heimat zu werden. In ihrer Ehre getroffen, können die deutschen Juden als kleine Minderheit im deutschen Volke sich nicht verteidigen . . . Unsere Überzeugung ist es, erwarten zu dürfen, daß auch die Auseinandersetzung mit uns auf dem Boden des Rechtes und mit Waffen der Vornehmheit geführt werde, daß eine ehrliche Klarheit über unseren Platz und unseren Weg in dem Raume des Lebens geschaffen werde.“

Diese Erklärung stellt zwar die eingetretene Veränderung schonungslos dar; hinter ihr steht aber noch die Meinung, daß es zu einem Gespräch zwischen

## NAMENREGISTER

- Arlosoroff, Chaim 21, 22, 23  
Bachi, Roberto 76, 89  
Baeck, Leo 15  
Bearsted, (Lord) Walter Horace 83  
Bennathan, Esra 37  
Benzler (Legationsrat) 32  
Bermann, Robert 41, 80  
Bernstorff, (Graf) Johann Heinrich 31  
Brudny, J. 42  
Cohen, Sam 25, 26  
Cotton, Joseph 83  
Danelius, Eva 99  
David, Leo 42, 73  
Dawes, Charles G. 20  
Döhle (Generalkonsul) 31  
Eichmann, Adolf 31, 76  
Erbe, René 29  
Feilchenfeld, Werner 12  
Foley, Francis Edward 40  
Gertz, Aaron 76, 89  
Goldmann, Erwin 73  
Göring, Hermann 29  
Grünbaum, Jizchak 82  
Gurevich, David 76, 89  
Hartenstein, Hans 10, 21, 26, 30  
Hentig, Otto v. 30  
Herzl, Theodor 112  
Hirsch, Salli 42  
Hirschfeld, Kurt 80  
Hitler, Adolf 11, 15, 32, 33, 67, 82  
Hoofien, Siegfried 25, 26, 27, 40  
Hubermann, Bronislaw 107  
Kahn, Ernst 37  
Kreutzberger, Max 42  
Landauer, Georg 25, 26, 42, 111  
Machnes, Mosche 26  
Mann, Fritz 63  
Marcus, Ernst 12, 41  
Margulies, Heinrich 42  
Michaelis, Dolf 12, 63  
Moses, Siegfried 12, 26, 42, 62  
Neumann, Fritz Simon 57  
Pell, Robert 83  
Pinn, Max 41, 42, 71  
Pinner, Ludwig 12, 42, 60  
Rath, Ernst vom 67  
Reissner, Hanns G. 19  
Roosevelt, Franklin D. 83  
Rosenberg, Alfred 32  
Rothschild, Anthony de 83  
Ruble, George 83  
Ruppin, Arthur 22, 26, 111  
Saalheimer, Siegfried 42  
Schacht, Hjalmar 30  
Senator, Werner 11, 42  
Silberman, Curt C. 19  
Stern (Hofrat) 82  
Szold, Henrietta 95  
Tiarks, F. C. 62  
Toscanini, Arturo 107  
Ulitzur, A. 96, 97, 98  
Untermayer, Samuel 19  
Warburg, Max 25, 26, 42, 83  
Wassermann, Siegmund 25, 42  
Weiss-Liwni, Robert 42, 73  
Weizmann, Chaim 39, 67, 111  
Wise, Stephen 10, 19  
Wolff (Generalkonsul) 22, 23  
Young, Owen D. 20  
Zlocisti, Theodor 42